

Dr. Michael Wolf, 14.10.2022

Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Jung,
Liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

man könnte das Gefühl bekommen, die Geschichte wiederholt sich. Im Februar hat Russland die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen. Auch wenn dieses Land scheinbar weit von uns entfernt ist, spüren wir die Auswirkungen auch hier in Deutschland. Wieder kommen Flüchtlinge zu uns und bedürfen unserer Hilfe. Die politische Diskussion wie der Ukraine zu helfen ist schlägt selbst innerhalb der Regierungskoalition hohe Wellen und Energie – Strom, Gas, Treibstoff – haben sich zum Teil drastisch verteuert.

Die von Russland durchgeführten und wohl sicherlich manipulierten Referenden in den vier – zumindest teilweise besetzten Gebieten – bilden die Grundlage für eine Annexion der ukrainischen Gebiete, die nun russische Oblaste sein sollen. Dies erinnert mich frappierend an die deutsche Annexion eines Teils der Tschechoslowakei im Jahr 1938 und den darauffolgenden Krieg mit all seinem Leiden. An dessen Ende waren auch Millionen Deutsche auf der Flucht und bedurften Hilfe.

Wenn die freie Welt schon damals der Annexion Einhalt geboten hätte, wäre uns vielleicht viel Unglück erspart geblieben. Man könnte sagen – zu spät. Die Kämpfe haben bereits begonnen, aber es ist unsere Aufgabe, die Leiden zu verkürzen und zu mindern wo immer möglich. Auch durch Sanktionen, die uns sicherlich auch Beschwerden auferlegen.

Betroffen von dem für Russland ungünstigen Verlauf der Kampfhandlungen sind auch wir. Es geht das Gespenst eines möglichen Nuklearwaffeneinsatzes um. Der russische Präsident Putin und sein Beraterstab drohen unverhohlen mit der Überschreitung dieser roten Linie. Selbst beim Einsatz taktischer Nuklearwaffen mit „geringer Sprengwirkung“ können dessen Auswirkungen auch uns, auch NATO-Gebiet betreffen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Katastrophe in Tschernobyl im Jahr 1984. Noch heute können wir deren Auswirkungen messtechnisch erfassen. Wir sind zurück im Kalten Krieg.

Unsere Abhängigkeit von russischer Energie – die über viele Jahre billig und über die Pipelines einfach zu bekommen war – wird uns in den letzten Wochen nur zu klar. Die Abschlagsrechnungen für Gas und Strom sind massiv gestiegen, wie ich in den letzten Tagen selbst feststellen musste. Aber, seien wir uns bewusst: Die verfügbaren finanziellen Mittel sind nicht gleich verteilt. Was für den einen noch erträglich ist, nur eine unangenehme oder ärgerliche Erscheinung, bedroht die Existenz mancher Mitbürger. In Deutschland fürchten viele, ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können. Diese Aussage wurde vom Fernsehen auf Basis einer anlässlich der Wahl in Niedersachsen durchgeführten Umfrage veröffentlicht. Das führt dazu, dass die AfD mit ihren scheinbar einfachen Antworten auf komplexe Fragen dort wieder die 10 % Marke übersprungen hat und deutschlandweit die Tafeln einen noch nie gesehenen Andrang erleben.

Daher ist es zwingend notwendig, dass die Politik sich um diejenigen kümmert, die in dieser Situation in eine Notlage geraten sind oder zu geraten drohen. Es geht nicht um die Gutver-

diener, sondern die, die am Rand der Gesellschaft stehen und die notwendigen finanziellen Mittel nicht haben, nicht haben können. Hier muss eine solidarische Lösung gefunden werden. Ob diese in einem Preisdeckel oder in direkten Zuwendungen bestehen, ist für mich erst einmal nebensächlich. Benötigt wird diese Hilfe für die Schwächsten der Gesellschaft schnell und zielgerichtet. Eine „jeder für sich und rette sich wer kann“ Mentalität darf sich nicht einstellen. Wir müssen füreinander eintreten. Ähnliches gilt auch für die Schulen, Universitäten, Hilfsorganisationen und Krankenhäuser. Auch sie stöhnen unter den Energiekosten und wissen nicht, wie diese Mehrkosten getragen werden sollen. Auch wir als katholische Kirche sollten prüfen, ob und wenn ja, wie wir helfen können. Auch wir sind gefordert.

Ebenso muss die Ablösung von fossilen Energien vorangetrieben werden. Zum einen verlangt die Erderwärmung nach einer schnellen Beendigung der Nutzung solcher Primärenergieträger – erinnern Sie sich bitte an den vergangenen Sommer mit seiner lange andauernden Hitze und Trockenheit – zum anderen ist eine Abhängigkeit von einem Land oder einer Weltregion schwierig und sollte nicht sein. Eigentlich hatten wir diese Lektion schon bei der ersten Ölkrise in den Siebzigerjahren gelernt, wohl aber aus einer gewissen „Geiz ist geil“ Mentalität wieder verdrängt.

Ich bin froh, dass unsere Diözese sich auch weiterhin auf dem Weg befindet, die Umwelt zu schonen und damit auch unsere Energierechnungen ins Visier nimmt. Wir alle tragen in gleichem Maße die Verantwortung für die Schöpfung. Vergessen wir nie: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.

Ein im Vergleich zum Krieg in der Ukraine publizistisch nicht so hoch gehyptes aber dennoch aus meiner Sicht sehr wichtiges Thema ist der assistierte Suizid. Der Paragraph 217 des Strafgesetzbuchs über die „geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung“ ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2020 nichtig. Hier wird aktuell ein Ersatz gesucht, dessen Auswirkungen wohlbedacht sein müssen. Wohin führt eine „geschäftsmäßige Assistenz“? Bauen wir Druck auf die Schwächsten unserer Gesellschaft auf, aus dem Leben zu scheiden, um Kosten oder Unannehmlichkeiten zu vermeiden? Wo ist der Startpunkt eines solchen Prozesses, wo das Ende? Wer entscheidet, ob Hilfe zur Selbsttötung geleistet wird oder nicht? Gibt es – kann es überhaupt Kriterien hierfür geben? Wir dürfen auf keinen Fall in die Situation kommen, dass wir zwischen „würdigem“ und „unwürdigem Leben“ unterscheiden. Diese Unterscheidung ist unmenschlich und kommt niemandem in unserer Gesellschaft zu. Unser Ziel muss es sein, das Leben zu schützen und es nicht wie ein defektes Gerät auszusortieren und zu verschrotten.

Lassen Sie mich den Blick noch einmal über Europa hinaus richten, bevor ich wieder in angestammte Gefilde zurückkehre. Im Iran begehren die Frauen auf, pochen darauf den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft, gleichberechtigt mit den Männern einzunehmen. Auslöser war der Tod von Mahsa Amini und die Proteste machen sich vordergründig am Zwang zum Kopftuch fest, gehen aber in den Forderungen nach meinem Empfinden in gerechtfertigter Weise hinaus. Auch wenn die Verhältnisse in Deutschland – Gott sei Dank – anders sind, ist die Frage nach der vollumfänglichen Gleichberechtigung der Frau auch bei uns noch immer eine offene Wunde. Wir mühen uns, haben es aber in Kirche und Gesellschaft noch nicht wirklich geschafft, diese Gleichberechtigung, den Zugang zu allen Ämtern und Positionen unabhängig vom Geschlecht zu gestalten. Wir suchen nach Möglichkeiten Frauen in Führungspositionen zu bringen, schrecken aber vor einer 100 % Lösung zurück. Selbst in einer

früher als Männerbastion verschrienen Organisation wie der Bundeswehr können Frauen heute alle Positionen besetzen – vom Sanitätsdienst über Kampfpiloten bis hin zur U-Boot-Fahrerin. Als einfacher Soldat oder als General. Ich denke, es ist auch für uns als Kirche an der Zeit, Überkommenes hinter uns zu lassen und in eine neue Zukunft aufzubrechen.

Verlassen wir an dieser Stelle die weltliche Politik, bleiben aber bei unserer Kirche. Hier befinden wir uns in Deutschland seit einigen Jahren auf dem sogenannten Synodalen Weg. Ausgelöst durch den vielfachen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, fokussiert er seine Themen auf die relevanten Fragestellungen, die den Missbrauch möglich gemacht haben und die durch neue Regelungen ersetzt werden müssen. Sicherlich kann man streiten, ob die in den Foren I bis IV behandelten Themen die Ursachen vollumfänglich beschreiben, aber es ist zumindest ein Anfang.

In diesem Zusammenhang fallen mir immer wieder Leserbriefe oder auch Gesprächsbeiträge auf, die die Legitimation der Synodalversammlung in Frage stellen. Die Diskussionen werden als Angriff auf die Kirche gewertet, nicht als Bestreben der – meisten – Bischöfe und Laien die Weiterentwicklung der Kirche sicherzustellen, um ihr auf Dauer eine Zukunft und uns eine spirituelle Heimat zu geben. Leider bin ich mir nicht sicher, dass alle am Synodalen Weg beteiligten, wirklich an der gemeinsamen Zukunft der Kirche bauen wollen. Mancher sieht in der Kirche wohl eher ein „statisches Gebilde“, das keiner Verbesserung bedarf, das unveränderbar durch die Zeit schreitet. Aber die Kirche war noch nie statisch, sie war immer dynamisch und hat sich an die jeweiligen Anforderungen der Zeit angepasst. Manchmal unter Schmerzen, aber bislang war es immer mehr oder weniger erfolgreich. Kirche und ihre Zeichen entstanden über Jahrhunderte hinweg in einem langsamen Prozess.

Wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, dass wir alle die Notwendigkeit zur Änderung überkommener Regelungen wirklich erkannt haben. Das ist an der Abstimmung über den Grundtext des Forums IV zur Sexualmoral zu sehen. Etwa 80 % der Delegierten stimmten für die Annahme, die Bischöfe leider nicht mit ausreichender Mehrheit, so dass dieser Handlungstext durchgefallen ist. Das weckt Zweifel über den Kurs der Kirche in Deutschland den die Kapitäne setzen, beziehe ich die Reaktionen der Weltkirche mit ein, auch den Kurs der gesamten katholischen Kirche. Ein bisschen fühle ich mich an die – nicht wahre – Geschichte mit dem Flugzeugträger und dem Leuchtturm erinnert, bei dem der mächtige Flugzeugträger, dem vermeintlich kleineren Gegenüber großspurig die Anweisung gibt, ihm aus dem Weg zu gehen. Da sind schon einige Bischöfe von der Richtigkeit ihrer Position überzeugt. Ich bin froh, dass Bischof Franz Jung sein Abstimmungsverhalten sehr schnell öffentlich gemacht und dass er dem Text zugestimmt hat.

Ich persönlich bin davon ausgegangen, dass die Abstimmung über diesen Text bewusst an den Anfang gestellt wurde, da hier die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung sehr groß war. Signalisieren die Mehrheit der Bischöfe doch die Zustimmung zum neuen Arbeitsrecht. Damit war für mich der Weg in eine entspanntere Haltung hinsichtlich der Sexualmoral gegeben. So kann man sich täuschen.

Die Kirche muss anerkennen – und nicht nur beim Arbeitsrecht, weil ihr da die Mitarbeitenden knapp werden, dass es hinsichtlich „Sex“ und „Gender“ wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, die es zu berücksichtigen gilt. Es kann nicht sein, dass wir uns als – hoffentlich –

relevanter Bestandteil der Gesellschaft wissenschaftlichen Erkenntnissen verschließen. Wir fallen sonst in dunkle Zeiten zurück: Schauen wir auf Galileo Galilei. 1632 wurde er wegen der Verteidigung des heliozentrischen Weltbilds von der Inquisition verurteilt. Erst 1741 durften seine Werke erstmals mit kirchlichem Segen als Gesamtzusammenfassung erscheinen und es dauerte bis 1822, um kirchlicherseits festzustellen, dass das kopernikanische Weltbild eine Tatsache ist und dem katholischen Glauben nicht widerspricht. Und eine Rehabilitation Galileis durch die katholische Kirche erfolgte erst 1982.

Galilei, Kepler und auch Newton haben natürlich nicht recht mit allen ihrer Aussagen. Die Beschreibungen sind der Erkenntnis und den Möglichkeiten der jeweiligen Zeit geschuldet. Deren Ergebnisse sind nur Näherungen und phänomenologische Beschreibungen von Naturgesetzen, die wir heute durch die allgemeine Relativitätstheorie ersetzt haben. Allerdings ahnen wir, dass auch wir mit unserer heutigen, zugegeben komplexen Beschreibung der Natur nicht am Ende des Weges sind. Einsteins Allgemeine Relativitätstheorie verträgt sich nicht mit den anderen drei Naturkräften. Wenn wir da eine bessere Theorie haben, die durch Beobachtung und Messung bestätigt wird, wird hoffentlich eine vereinheitlichte Feldtheorie die heute genutzten Theorien ersetzen und sie auf dem Abstellplatz der Geschichte zurücklassen. Theologie kann man an den Universitäten studieren – auch in Regensburg, Passau und hier in Würzburg. Nutzen wir als Kirche doch die Erkenntnisse und die Vorgehensweise der Wissenschaft. Oder ist die Tradition wirklich stärker als die Erkenntnis? Muss sich unsere katholische Lehre immer wieder mit der Wissenschaft anlegen, weil wir nicht einsehen wollen, dass sich Erkenntnisse erweitern? Eine Hypothese gilt so lange als wahr, bis nachgewiesen werden kann, dass sie falsch ist. Glauben wir denn wirklich, dass wir Gottes Wege ein für alle Mal und abschließend erkennen können?

Ich hoffe, dass der Schock der vierten Synodalversammlung zu einer gemeinsamen, aufgeschlossenen Haltung der Bischöfe führt. Wenn nicht, dann droht uns ein Flickenteppich der Vorgaben in Deutschland: Was für den einen Bischof Handlungsgrundlage ist für den anderen ein Graus. Das wird sicherlich nicht zur Akzeptanz der Kirche als moderner, dem Leben zugewandter Organisationsform beitragen. Kompromisse machen ein Zusammenarbeiten und Zusammenleben möglich.

Und bitte erkennen Sie: Das ist nur ein Thema, über das wir diskutieren müssen. Die Auswirkungen dieser Haltung, dass alle Lehraussagen – auch die nicht wirklich glaubensrelevanten – unveränderlich und seit jeher wahr sind, bedroht uns. Wir lassen damit vielen Menschen keine andere Chance als uns den Rücken zu kehren.

Zudem finde ich die Rezeption des Synodalen Wegs in Teilen der Weltkirche befremdlich. Wenn Kardinal Koch in Rom den Synodalen Weg und dessen Aussagen in die Nähe von Organisationen rückt, die dem Nationalsozialismus nahestanden, dann nutzt er das Versagen einer Gruppe, um einen ganzen Synodalen Prozess in Deutschland zu diskreditieren. Damit überschreitet er für mich eine rote Linie. Er macht klar, dass Entwicklungen, die in Deutschland ihren Ursprung haben, oft kritisch sind. Meines Erachtens versucht er damit, eine Entwicklung aufzuhalten, die nicht aufhaltbar ist. Der Synodale Weg ist doch der Ausdruck einer Hilflosigkeit, einer Ohnmacht im Zusammenhang mit dem Missbrauch bei dem genau dieser Weg einen Ausweg, eine Lösung des Problems finden soll. Denk- und Diskussionsverbote sind dabei schädlich. Wer schon einmal eine Organisation und deren Strukturen analysiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet hat – zum Beispiel im Zusammenhang mit einer

wirtschaftlichen Schiefelage eines Unternehmens – weiß, dass Ausschlusskriterien, auch „heilige Kühe“ genannt – oftmals den Gesundungsprozess gefährden. Wenn einem das Wasser schon bis zum Hals steht, dann muss man mit dem Schwimmen beginnen, seine Fortbewegungsart anpassen, sonst geht man mit steigender Flut unweigerlich unter.

Und ja, die Kirche versteht unter einem synodalen Prozess keine Demokratie. Zusammen mit den anderen bayrischen Diözesanratsvorsitzenden hatte ich dazu eine interessante Diskussion in Rom im für die Weltsynode zuständigen Sekretariat. Hier erscheint mir, dass Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wie komme ich zu einem „synodalen Ergebnis“? Wenn sich alle einig sind – das ist ein Zustand, den man so wohl eher selten und nicht bei strittigen Fragen erreichen wird – oder aber über eine qualifizierte Mehrheit? Wenn ja, was ist das Quorum? Interessanterweise ergab sich erst kein wirklicher Wille eine Abstimmung hierfür als Möglichkeit in Betracht zu ziehen, nach weiterer Diskussion wurde dann doch eine 2/3 Mehrheit als Zielgröße genannt. Das Argument, dass die Kirche keine Demokratie ist und aufgrund des Leitungsanspruchs und der Sukzession der Bischöfe als Alleinverantwortliche, wird damit zurecht schon in Frage gestellt. Generell halte ich es da gerne mit dem alten Winston Churchill: Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen – mit Ausnahme derer, die die Menschheit sonst ausprobiert hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Fokus noch weiter in Richtung unserer Diözese verlagern. Wir haben am Ende der letzten Sitzungsperiode die Pastoralen Räume errichtet. Mit mehr oder weniger Begeisterung, mit großem oder auch keinem Enthusiasmus. Damit hat eine seit 2015 andauernde Entwicklung einen wichtigen Meilenstein erreicht.

War im Jahr 2015 der Pastorale Raum nur eine Organisationsdefinition, die es ermöglichen sollte, die Hauptamtlichen optimal in der Fläche einzusetzen, ist er in der Zwischenzeit zu einem wesentlichen Bestandteil der Kirchenorganisation in der Diözese Würzburg geworden. Aber, auch wenn die Pastoralen Räume formal errichtet wurden, befinden sich viele noch in ihren Geburtswehen.

Wenn an uns mit der Aussage herangetreten wird, dass die „Laien“, also die nicht-geweihten Mitglieder unserer Kirche wenig Interesse an den neuen Strukturen haben und die Laienvertretungen damit ihr Gewicht verlieren, muss man entgegenen: Die Einführung der neuen Struktur ist eine Top-Down Entscheidung. Sie wurde von den Gremien begleitet und wird auch weiterhin begleitet werden. Und: Die Einrichtung der neuen Struktur, das Bereitstellen eines Gerüsts ist die vornehmliche Aufgabe der Hauptamtlichen und insbesondere der Leiter dieser neuen Organisationsstrukturen. Erst wenn die Strukturen eingerichtet sind, die Strukturen zu einem Minimum existent sind, dann können die Prozessverantwortlichen einladen, die Gremien entsprechend besetzt und mit Leben gefüllt werden.

Zudem gilt es, die Aufgaben der verschiedenen Ebenen, der Gemeinde mit dem Gemeindegemeinderat, der Untergliederung bzw. der Pfarreiengemeinschaft mit dem gemeinsamen Pfarrgemeinderat und dem Pastoralen Raum mit dem Rat in Pastoralen Raum sowie dem Diözesanrat als dem vom Bischof anerkannten höchsten Laiengremium der Diözese zu definieren. Subsidiarität als Richtschnur unseres Handelns ist auch für die Räte, für alle neuen Strukturen eine wesentliche Charakteristik und sollte unser Denken und Handeln auszeichnen.

Solange mir Kleriker sagen, dass der Pastorale Raum nur wenig Bedeutung hat, weil alle Arbeit auf der Ebene der Gemeinde stattfinden soll, solange muss ich die Frage stellen: Ist die Strukturänderung den Hauptamtlichen in ausreichender Klarheit kommuniziert? Überprüft die Diözesanleitung, dass alle Pastoralen Räume sich in die gleiche Richtung bewegen? Sicherlich, unterschiedliche Geschwindigkeiten müssen zugelassen werden, aber ein Verharren oder eine bewusste Teilumsetzung – das sogenannte Rosinenpicken: Ich nehme das Geld aber nicht die Aufgabe – sollte es nicht geben. Wenn Fehler gemacht werden, was sicherlich der Fall sein wird, denn wo gearbeitet wird, da werden Fehler gemacht, dann müssen diese auf den Tisch. Nicht um zu sanktionieren, sondern damit strukturelle Abhilfe geschaffen werden kann. Die fehlende Akzeptanz allein den Laien zuzuweisen, ist mit Sicherheit nicht richtig.

Dem Heiligen Thomas von Aquin wird die Aussage zugeschrieben, dass man für Wunder beten muss, für Veränderungen aber arbeiten. Lassen Sie uns an unserer Kirche arbeiten: zuhause, hier in Würzburg, in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!